

„Energie muss bezahlbar bleiben – für alle“

CSV präsentiert Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Energiepreiskrise

1. zeitlich befristete **Deckelung des Heizölpreises** bei 0,95 Euro pro Liter und des Gastarifs
2. progressive **Anpassung der Kilometerpauschale**
3. **Erhöhung des Kilometergeldes** im öffentlichen Dienst von 0,3 auf 0,4 Euro je Kilometer
4. **Energie-Push 2022 bis in die Mittelschicht** durch Anpassung der Gehaltsschwelle für den Bezug der Teuerungszulage

„Die Energiepreise explodieren, die allgemeine Kaufkraft geht zurück, und die Zahl der Bürger mit Zahlungsschwierigkeiten steigt“, so die Feststellung der Co-Präsidenten der CSV-Fraktion, **Martine Hansen** und **Gilles Roth**, am 2. Februar 2022 bei einer Pressekonferenz. „Und was tut die Regierung? Sie schaut zu!“

CSV fordert progressive Anpassung der Kilometerpauschale

Die Entwicklung der Treib- und Brennstoffpreise schlägt sich bereits spürbar auf den Alltag der Bürger nieder: „Autofahren wird zusehends teurer. Und nicht jeder hat die Möglichkeit, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen“, so **Martine Hansen**. Als Beispiel dafür nennt sie den Preis einer Tankfüllung Diesel für einen Mittelklassewagen: Am 31. Dezember 2020 kosteten 50 Liter Diesel knapp 50 Euro. Die gleiche Menge kostet jetzt fast 74 Euro. Das ist eine Steigerung von über 48 Prozent. Um die gestiegenen Spritkosten abzufedern, fordert die CSV die schrittweise Anpassung der Kilometerpauschale, die seit 1990 unverändert ist.

CSV fordert Erhöhung des Kilometergeldes im öffentlichen Dienst

Als weitere Maßnahme schlägt die CSV die Erhöhung des Kilometergeldes im öffentlichen Dienst von 0,3 auf 0,4 Euro je Kilometer vor. Dessen Absenkung 2015 war Bestandteil des damaligen „Spuerpak“ der Regierung. Mit der Anhebung auf 0,4 Euro wäre man wieder auf Vor-„Spuerpak“-Niveau.

CSV fordert zeitlich befristete Deckelung des Heizölpreises und des Gastarifs

Noch schlimmer als beim Treibstoff ist die Preisentwicklung beim Heizöl. Dessen Preis hat sich seit Ende 2020 fast verdoppelt. **Martine Hansen** betont, dass von 265.000 Haushalten deren gut 54.000 mit „Masutt“ heizen. „Die abwartende Haltung der Regierung ist nicht länger hinnehmbar. Energie muss bezahlbar bleiben. Für alle!“, so **Gilles Roth**. Zur Abfederung der Heizkosten fordert die CSV eine Deckelung des Heizölpreises bei Erreichen von 0,95 Euro pro Liter sowie eine Deckelung des Gastarifs.

CSV fordert Energie-Push

Inmitten einer Energiekrise muss die Bevölkerung durch Entlastungen gestützt werden. Aus diesem Grund schlägt die CSV einen Energie-Push vor, bis in die Mittelschicht hinein: „Die Gehaltsschwelle für den Bezug der Teuerungszulage soll für 2022 vom einfachen Mindestlohn auf den qualifizierten Mindestlohn angehoben werden. Bei einer Familie mit zwei Kindern läge die Schwelle dann bei 5700 Euro Brutto-Monatseinkommen, oder rund 4500 Euro netto“, erklärt **Gilles Roth**.

Paul Galles, Energie-Sprecher der CSV-Fraktion, illustriert am Beispiel der aktuellen Preiskrise den Stellenwert erneuerbarer Energien. „Die Energiepreisentwicklung verdeutlicht die Notwendigkeit eines realistischen Vorantreibens der Forschung und der Infrastruktur, im Interesse einer gewissen versorgerischen Unabhängigkeit. Nicht nur in Krisenzeiten.“

Für CSV-Parteipräsident **Claude Wiseler** steht fest: „Wir wissen heute nicht, wie lange sich die Energiekrise hinziehen wird. Wir wissen lediglich, dass sich die Entwicklung der Energiepreise durch steigende Produktionskosten, auch bei Gütern des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittel), auf die Kaufkraft der Bürger niederschlagen wird. Die Bevölkerung braucht Planungssicherheit.“